

Gastkommentar

Nur Mut, fragen Sie!

Selten war die Zeit so stark von Unwissenheit geprägt wie heute. Wir wissen nicht, was kommt; noch immer nicht genau, was eigentlich ist. Aber viele verlaun trotz allem etwas, rufen reflexartig aus, kritisieren, loben, kommentieren. Hauptsache auf Sendung. Der Mensch hat ein grosses Bedürfnis, Dinge rasch für sich einzuordnen, um Unsicherheit nicht ertragen zu müssen. Dass diese Zeit auch eine emotionale Belastung für die meisten mit sich bringt, verstärkt die mit der Unwissenheit einhergehende Unsicherheit. Viele Menschen sind regelrecht gelähmt und nicht alle trauen sich, Fragen zu stellen, weil sie Angst haben, zum Beispiel für «dumm» gehalten zu werden. Doch jetzt hat sich ein Fenster geöffnet, um diese Ängste zu überwinden. Und es wird zunehmend genutzt.

Der liechtensteinische Verein «Wort des Jahres» hat für 2020 «Hörsch mi?» erkoren, eine Frage! Davon abgesehen, dass ich laut gelacht habe über diese hübsche und sehr treffliche Idee, liegt darin auch eine neue Wahrheit über unsere aktuelle Kommunikation: Wir stellen wieder mehr Fragen. Angefangen bei rein technischen Fragen, ob man eben gehört wird am anderen Ende der Leitung (das war wohl auch so, als das Telefon erfunden wurde), fragen wir häufiger auch wieder nach dem «Wie». Wie funktioniert etwas, wie können wir besser werden, wie das Neue rasch lernen. Immer wieder höre ich nach Meetings auch erfahrener Veranstalter und Institutionen: Hey, was können wir verbessern? Was lief gut, was weniger gut? Und das sind keine üblichen «Zufriedenheitsbefragungen», sondern das ist die echte Bitte, Inputs zu geben, um voneinander zu lernen. Denn, ob es uns gefällt oder nicht: Wir befinden uns mit so vielen Themen – nicht nur der Digitalisierung – plötzlich im Neuland und damit bisweilen auch auf dem Glatteis.

Wir fragen auch wieder mehr «Warum?» und

«Die Pandemie-Krise zeigt eindrücklich, wie wichtig es ist, sich auszutauschen, zu vertrauen, aber auch zu hinterfragen.»

Jana Riedmüller
Expertin für Krisenkommunikation

ergründen Bedürfnisse und Befindlichkeiten anderer. Oder wir fragen einfach nach, wenn wir etwas nicht verstehen. Wir freuen uns derzeit über jede Handreichung, weil alle im selben Boot sitzen und alle zusammen – um im Bild zu bleiben – ziemlich am Rudern sind. Man spürt auch eine neue Gelassenheit im Umgang mit dem Fakt, nicht alles wissen zu können.

Indem wir wieder lernen, vermehrt Fragen zu stellen, verlassen wir aber auch fälschlich etablierte Hierarchiestufen, Hürden stilisierter Kompetenz und begegnen uns wieder auf Augenhöhe. Hey, was weisst du, was kann ich von dir lernen? Ich habe diese oder jene Erfahrung gemacht. Es kommt wieder zu echtem Austausch. Weg von der reinen Präsentation und dem Beklatzen des Wissens einzelner. Das Zusammentragen vom Wissen aller durch verschiedene Men-

schen auf verschiedenen Ebenen erst führt zu einem neuen Globalwissen. Es ist eine einfache Formel: Wissen + Wissen = grösstmögliche Lösungskompetenz. Wissen + nicht abgefragtes Wissen = Fehleinschätzung und damit verbundene Fehlentscheidungen. Kommunikation heisst auch, Fragen zu stellen, statt nur Antworten zu geben.

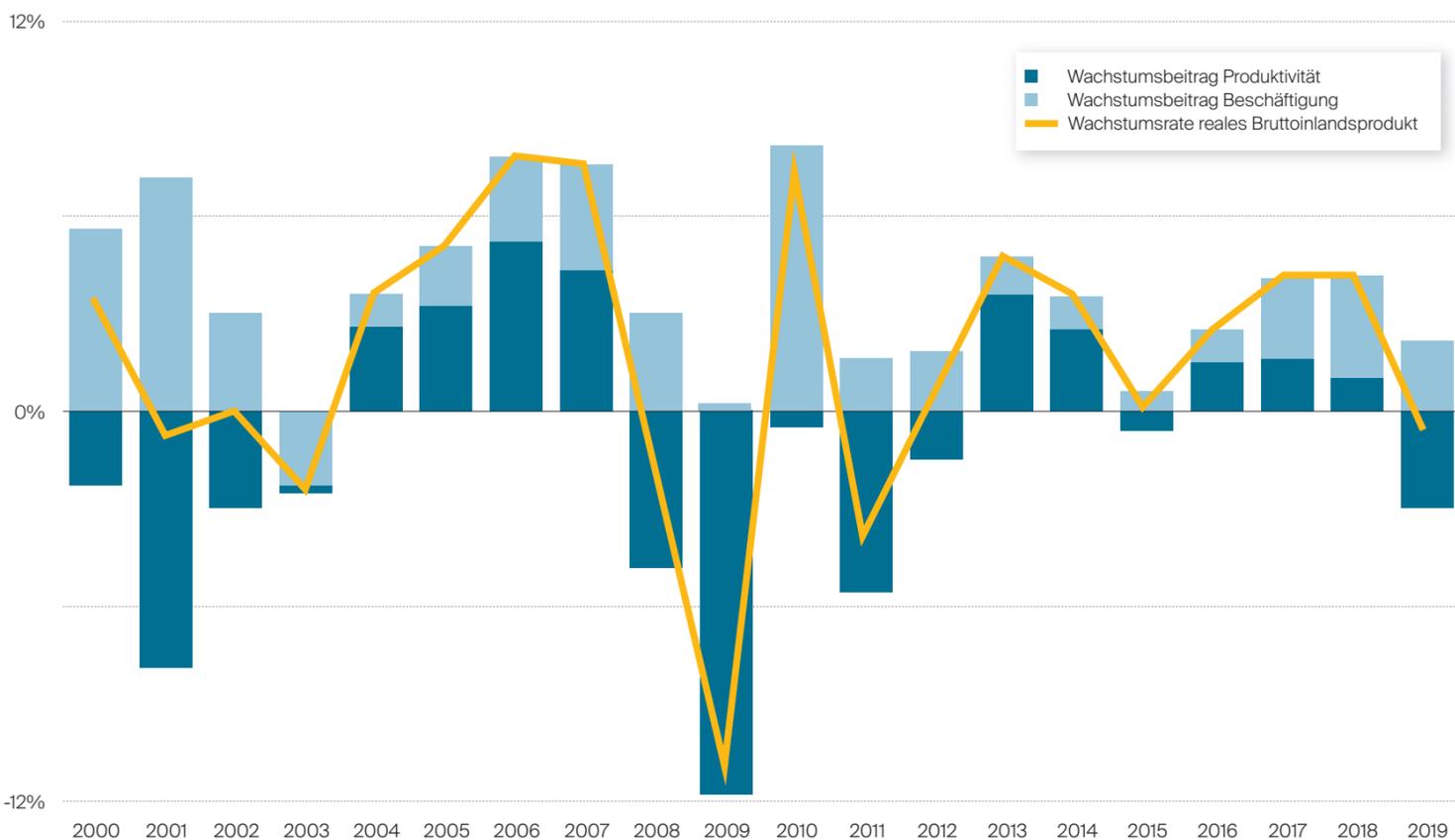
Der US-Psychologe Adam Grant formuliert es so: «Ich weiss es nicht» zu sagen, offenbart keine Unwissenheit. Es spiegelt selbstbewusste Demut wider. Unsicherheit treibt uns dazu, so zu tun, als hätten wir die Antworten. Selbstbewusste Demut gibt uns den Mut, Fragen zu stellen. Man kann nicht lernen, wenn man nicht zugeben kann, dass man etwas zu lernen hat.»

Die Pandemie-Krise zeigt eindrücklich, wie wichtig es ist, sich auszutauschen, zu vertrauen, aber auch zu hinterfragen und zu prüfen – voneinander zu lernen. Also, fragen wir weiter nach. Nur Mut! Wer fragt, der führt. Zeigen wir, dass wir unserem Gegenüber Kompetenz zutrauen, erlauben wir uns, etwas nicht zu wissen. Leisten wir selbst einen Beitrag zu grösstmöglicher Lösungskompetenz. Gerade in Zeiten wie diesen ist das fast schon eine Pflicht und keine Kür mehr.



Jana Riedmüller, Expertin für Krisenkommunikation

Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung und Produktivität in Liechtenstein



Quellen: Amt für Statistik, SECO, Berechnungen Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

Anfang März veröffentlichte das Amt für Statistik eine Schätzrechnung für das liechtensteinische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2019. Gemäss dieser Schätzung ergibt sich mit einem Wert von 6643 Millionen Schweizer Franken gegenüber 2018 eine nominale Wachstumsrate von minus 0,7 Prozent und somit ein leichter Rückgang des BIP. Die von Entwicklungen des Preisniveaus bereinigte reale Wachstumsrate beträgt somit minus 0,6 Prozent.

Wirtschaftswachstum kann auf zwei Arten entstehen: Entweder indem mehr Arbeitsleistung eingesetzt wird oder diese produktiver ausgeführt wird. Die Grafik stellt die realen Wachstumsraten des BIP gemeinsam mit Wachstumsbeiträgen der Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und der Produktivität dar. Während die Beschäftigung in VZÄ seit 2011 kontinuierlich gestiegen ist, kann für die Produktivität eine gemischte Entwicklung festgestellt werden. Im vergangenen Jahrzehnt ist al-

lerdings auch die Produktivität in Liechtenstein im Schnitt gewachsen.



Martin Geiger
Ökonom am Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

Staat – Markt – Freiheit

Das Verhältnis von Markt, Staat und Freiheit ist grundsätzlich spannungsvoll. Durch die Coronapandemie wurde es aber massiv strapaziert, haben doch die Staatsapparate Dimensionen angenommen, welche in Friedenszeiten einmalig sind.

Mehr Staat, weniger Freiheit und weniger Markt erdulden wir nun schon mehr als ein Jahr. Dabei werden die immensen Staatsinterventionen mit erstaunlich hoher Akzeptanz hingenommen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass die Politik die Einschränkung der Freiheitsrechte zum Schutz der Gesundheit als alternativlos erachtet und dass diese Strategie mit immer neuen Risikotheorien bestärkt wird. Zum anderen verhindert, überwacht, verbietet, bestraft und schränkt der Staat eben nicht nur ein, sondern er umsorgt, sichert ab, gleicht aus, schützt und finanziert auch in historischem Ausmass. Sei das mit Entschädigungen für Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Erwerbsausfall, mit Ausgleichszahlungen für Selbstständige oder mit Unterstützung für Härtefälle.

Ist die gegenwärtige Krise also der Ausgangspunkt für eine Neujustierung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt? Man könnte es meinen, zumal staatliche Eingriffe eine Spirale von Interventionen auslösen, von denen es erfahrungsgemäss schwerfällt, sich wieder zu verabschieden – auch deshalb, weil die staatlichen Medikamente grosses Suchtpotenzial haben.

Aber der Staat ist nicht der universelle Problemlöser. Er hat zwar die Kompetenz, festzulegen, wer sich mit wem an Ostern treffen darf oder dass Maskentragen oder Homeoffice zur Pflicht werden, aber eine Lösung in der Bekämpfung der Pandemie sind diese Massnahmen nicht. Entscheidend sind viel mehr die Impfstoffe, welche ohne die Marktkräfte und ihre Anreizeffekte nicht im Rekordtempo entwickelt worden wären. An diesem Wettlauf haben sich rund 300 Firmen und Institute beteiligt.

Markt und Staat sind aber keine Gegner, sondern Verbündete. Notwendig ist eine Politik, die gezielt die Innovationskraft und die Dynamik der Märkte nutzt. Eine Politik, die kluge Regeln setzt, um die Stärken der Freiheit und des Marktprozesses spielen zu lassen.

Denn Freiheit fällt nicht wie Manna vom Himmel, sie muss gefordert, gefördert, ermöglicht und geschützt werden. Die Sicherstellung der Freiheitsrechte gehört denn auch zu den Kernaufgaben unseres Staates. Zum Schutz der Freiheit braucht es die Garantie der Eigentumsrechte und rechtliche Bestimmungen, die für Wettbewerb sorgen. Der Staat hat also Garant für Freiheit zu sein und als möglichst unauffälliger Spielleiter des Marktes zu walten. Aus allem, was der Markt leisten kann, hat der Staat sich rauszuhalten.

Die Zeit ist reif für eine erneute Auseinandersetzung und Klärung der Fragen, was der Staat soll, was der Markt leistet und welcher Wert der Freiheit zukommt. Notwendig ist das nicht nur in den vom Virus betroffenen Bereichen, sondern z. B. auch beim Klimaschutz und im Service Public.



Peter Eisenhut, Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft